

Dokumentation

FachForum 2011

„Die Mitte in der Krise“

– rechtsextreme Einstellungen in Deutschland



FachForum 2011 „Die Mitte in der Krise“

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	S. 3
Der Referent	S. 5
Allgemeines zur Studie	S. 6
Ergebnisse der Studie	S. 7
Fazit der Studie	S. 23
Ergebnisse der Diskussion	S. 25

Vorwort



Mehr Bildung für mehr Demokratie!

Die repräsentative Studie „Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ hat die Baustellen unserer Gesellschaft offen gelegt.

Extremes rechtes Denken ist eine davon – und dies nicht nur bei den „Verlierern“, sondern gerade auch bei jenen mit höherem Einkommen. Wenn 90% der Befragten es als sinnlos empfinden sich „politisch zu engagieren“, stellt dies schon eine fundamentale Bedrohung für unser demokratisches System dar und zwingt die Jugendarbeit zu agieren.

Der Stadtjugendring Augsburg (SJR) definiert sich als politischer Bildungsträger der Jugend und gleichwohl als deren Sprachrohr. Vielfältig sind die Aktionen des SJR gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Als Mitglied des „Bündnis für Menschenwürde“ organisiert der SJR alljährlich eine Demo gegen den Aufmarsch der Nazis in Augsburg.

Er war treibende Kraft bei der Bewerbung der Stadt Augsburg um die Mittel des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Mit zahlreichen Aktionen werden durch die Arbeit der Jugendhäuser und Jugendorganisationen die Ziele des Lokalen Aktionsplans umgesetzt.

Der SJR wird auch weiterhin den interkulturellen Austausch fördern und antidemokratischen Tendenzen entgegentreten.

Mit der beispiellosen Kampagne „11Tausend“ hat der SJR im letzten Kommunalwahlkampf das Interesse junger Menschen für mehr Partizipation im gesellschaftlichen und politischen Leben geweckt.



Seit Jahren bemüht sich der SJR mit Erfolg um die bessere Integration von Organisationen junger Migranten. Sie finden personelle Unterstützung bei der Gründung ihrer Gruppen und die Aufnahme in der Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Jugendorganisationen (SJR), die ihnen eine aktive Mitbestimmung und Mitverantwortung ermöglicht.

Bildung ist und bleibt für den SJR der Schlüssel für alle jungen Menschen. Erst sie ermöglicht Zugänge zu Beruf und Wohlstand und lässt eine vollwertige Teilhabe in der Gesellschaft zu. Deshalb bildet die Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen im SJR und seinen Mitgliedsverbänden eine zentrale Rolle. Gerade hier werden die so genannten Softskills vermittelt, jene Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für die soziale Interaktion so dringend benötigt werden, aber an anderen Orten zugunsten von Fachwissen in den Hintergrund gerückt sind.

Wer mehr Demokratie will, muss mehr in die Bildung junger Menschen investieren und jedem Einzelnen mehr Raum für echte Teilhabe und Mitgestaltung einräumen.

Der Referent



Johannes Kiess hat Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie an der Universität Leipzig und der Ben-Gurion Universität des Negev, Beer Sheva, Israel studiert.

Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Soziologie der Sozialpolitik, die Rechtsextremismusforschung und staatsethnographische Untersuchungen.

Bereits bei der davor durchgeführten Studie „Vom Rand zur Mitte“ durfte er als Student mitarbeiten und konnte so erste Erfahrungen sammeln. Die 2010 durchgeführte Studie „Die Mitte in der Krise“ verfasste Johannes Kiess gemeinsam mit Oliver Decker, Marliese Weißmann und Elmar Brähler.

Allgemeines zur Studie



Die „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung untersuchen die Verbreitung und Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. Schon die 2006 durchgeführte Studie „Vom Rand zur Mitte“ zeigte, rechtsextreme Einstellung ist nicht nur ein Randphänomen, sondern in allen Gesellschaftsbereichen anzutreffen. Die neueste Studie warnt erneut vor der weiten Verbreitung menschenverachtender Einstellungen und weist insbesondere auf die destabilisierende Wirkung (sozio-)ökonomischer Krisen hin.

Zunächst muss geklärt werden, was Rechtsextremismus meint und wie er messbar gemacht werden kann. In der Wissenschaft wird zwischen rechtsextremen Einstellungen und Handlungen unterschieden. Dazwischen liegt ein großer Unterschied. Wer rechtsextreme Einstellungen vertritt, handelt nicht automatisch auch danach. Oft besteht hier eine große Hemmschwelle. Trotzdem sollten Anzeichen auf rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft als ernste Warnung wahrgenommen werden. Messen lassen sich rechtsextreme Einstellungen in sechs Dimensionen:

- o Befürwortung der Diktatur
- o Sozialdarwinismus
- o Ausländerfeindlichkeit
- o Antisemitismus
- o Chauvinismus,
- o Verharmlosung des Nationalsozialismus

Je nach Zustimmung der Befragten zu den sechs Dimensionen (stimme voll und ganz zu, stimme überwiegend zu, stimme teils/teils zu, lehne überwiegend ab, lehne völlig ab) ließen die Antworten auf rechtsextreme Einstellungen schließen oder nicht.

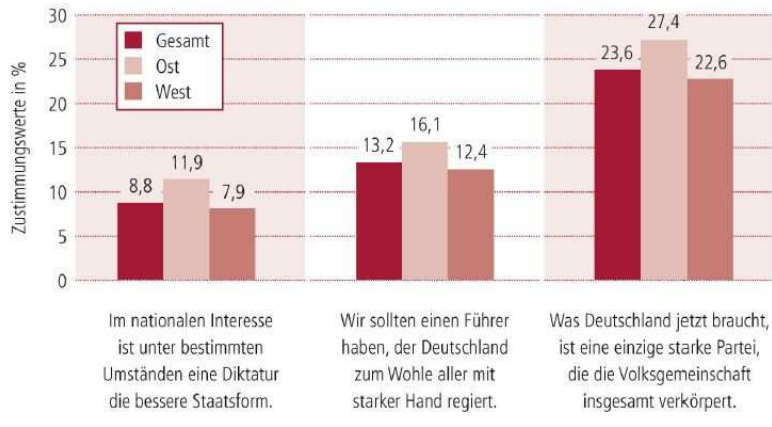
Die Befragung wurde im April 2010 durchgeführt, wobei 2411 Personen im Alter von 14-90 Jahren befragt wurden. Es handelt sich hierbei um eine Repräsentativumfrage, mit 1907 Personen aus West- und 504 Personen aus Ostdeutschland.

Ergebnisse der Studie



Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ (in Prozent)

Grafik 3.1.1



UNIVERSITÄT LEIPZIG

Zunächst wurde die Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ untersucht. Hierbei sollten die Befragten ihre Zustimmung bei folgenden Fragen kundtun:

- „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“
- „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“
- „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“

Wie die oben stehende Grafik zeigt, würde fast jeder 10 Bürger (8,8% der Befragten) eine Diktatur der Demokratie vorziehen. Im Osten liegt die Zustimmungswerte bei fast 12%. Dabei sollten die Auswirkungen der letzten Diktatur in Deutschland doch eigentlich jedem bewusst sein.

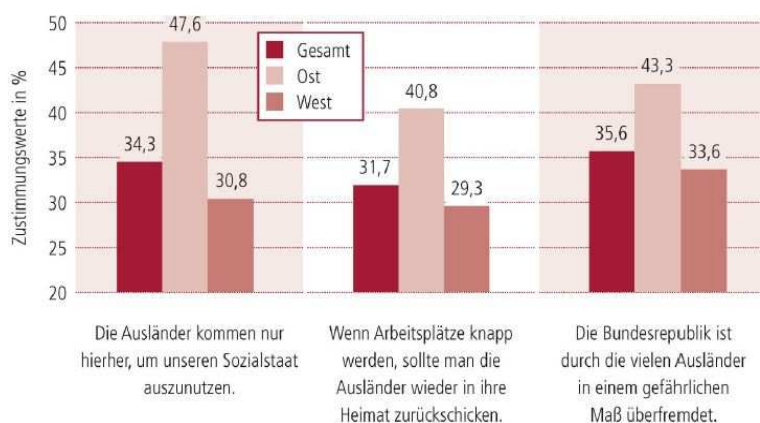
Noch gravierender sind die Ergebnisse bei der Führerbefürwortung. Hier wurde mit Absicht das Wort „Führer“ verwendet, um die NS-Zeit noch einmal in Erinnerung zu rufen. Trotzdem wünschen sich 13,2% der Befragten einen Führer an die Spitze Deutschlands. Wieder ist die Prozentzahl in Ostdeutschland etwas höher (16,1%).

Über 23% der Bevölkerung konnten oder wollten das Prinzip der Demokratie und den Zweck einer Opposition nicht anerkennen. Sie wünschten sich eine große Volkspartei, die Deutschland regiert. Im Osten stimmten der Frage sogar 27,4 % zu.

Man kann in der Bevölkerung also ganz klar eine Tendenz von antidemokratischen und rechtsautoritären Einstellungen beobachten. Das könnte zwar zum einen an der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Arbeit der Parteien bzw. der Politiker liegen, zum anderen ist ein solch starker Wunsch nach einer einzigen Volkspartei sehr beunruhigend für einen demokratischen Staat.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension
„Ausländerfeindlichkeit“ (in Prozent)

Grafik 3.1.3



Die zweite Folie veranschaulicht die Ergebnisse der Dimension „Ausländerfeindlichkeit“. Dabei wird gezeigt wie friedfertig bzw. feindselig die Befragten gegenüber Mitmenschen anderer Nationalitäten eingestellt sind. Sie sollten hierbei folgende drei Aussagen zustimmen oder ablehnen:

- „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“
- „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“
- „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“

Im Schnitt stimmten bei allen drei Aussagen mehr als 30% der Befragten zu. Die Beipflichtung im Osten war bei jeder der drei Aussagen weitaus höher als im Westen, was an der deutlich höheren Arbeitslosigkeit im Osten liegen könnte.

Sogar 47,6% der Befragten im Osten (also fast die Hälfte!) waren der Meinung, Ausländer kämen nur nach Deutschland, um den Sozialstaat auszunutzen. Ein definitiv abwertender Gedanke, der sich in den Köpfen wohl festgesetzt hat. Es macht den Anschein, als wären viele der Meinung, Deutschland hätte alle Gastarbeiter nach dem Wirtschaftswunder, bzw. spätestens zu Zeiten der Wirtschaftskrise, wieder in ihr eigenes Land zurückschicken sollen. Immerhin vertrat ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung diese Meinung.

Ganze 35,6% lehnten außerdem Kulturvielfalt ab und sahen Deutschland deshalb als überfremdet an. Das bedeutet, dass jeder Dritte Deutsche keine andere Kultur als die eigene in Deutschland akzeptiert.

Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen (Angaben in Prozent) Tabelle 4.3.8

	Gesamt		West		Ost	
	2003	2010	2003	2010	2003	2010
Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind.	44,2	55,4	45,8	55,5	38,2	55,2
Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden.	nicht erhoben	58,4	nicht erhoben	53,9	nicht erhoben	75,7

Der Vergleich der Ergebnisse von 2010 mit bereits vorhandenen Daten von 2003 zeigt deutlich die steigende Tendenz der Ausländerfeindlichkeit. Schon 2003 war die Zustimmung zur Aussage „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind“ mit 44,2 % sehr hoch, 2010 stieg die Zustimmung nochmals um 11% auf 55,4%.

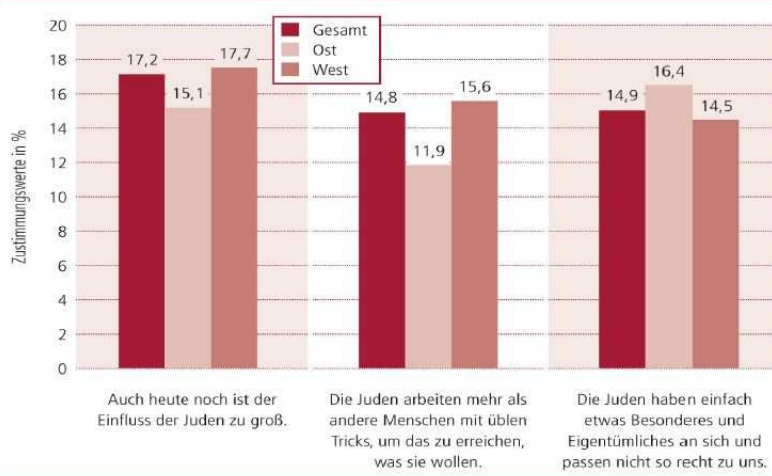
Die Hälfte der Bevölkerung kann es folglich verstehen, wenn jemandem die Anwesenheit eines Arabers unangenehm ist; dass sie sich selbst auch unwohl in der Gesellschaft eines Arabers fühlt, liegt dabei nahe.

Extrem ist diese Entwicklung besonders in Ostdeutschland. Während dort die Ausländerfeindlichkeit im Jahr 2003 noch um 7% unter dem Durchschnitt lag, ist nun kaum noch ein Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland feststellbar.

Mittlerweile stimmen sogar 75,7% der Ostdeutschen einer Einschränkung der Religionsausübung für Muslime in Deutschland zu. So teilte nur jeder vierte Ostdeutsche die Meinung, dass Menschenrechte für alle gelten! Immerhin ist die freie Religionsausübung sowohl in den Menschenrechten, als auch im Völkerrecht und im Grundgesetz der BRD verankert.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Antisemitismus“
(in Prozent)

Grafik 3.1.4



Die nächste Grafik zeigt die Dimension „Antisemitismus“. Antisemitismus bedeutet Judenfeindlichkeit und geht auf die Verfolgung der Juden zur Nazi-Zeit zurück. Die befragten Personen gaben an, inwiefern sie folgenden Aussagen zustimmen oder ablehnen:

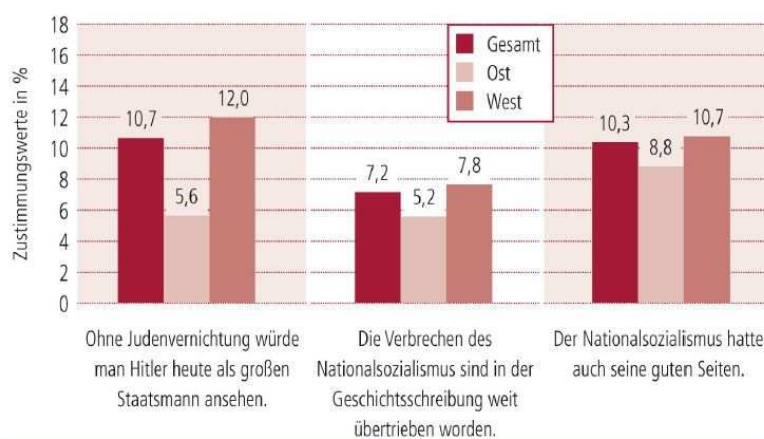
- „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.“
- „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.“
- „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“

Nur 60 Jahre nach der Judenverfolgung und den Massenmorden im Holocaust waren 17,2% der Bevölkerung der Auffassung, der Einfluss der Juden heutzutage sei zu groß.

In Westdeutschland lag der Anteil der Zustimmung sogar 2% höher als in Ostdeutschland.

Zustimmung zu den Aussagen der Dimension
„Verharmlosung Nationalsozialismus“ (in Prozent)

Grafik 3.1.6



Obere Grafik geht noch einen Schritt weiter und stellt die Dimension „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ dar. Dabei wurden folgende Aussagen zur Zustimmung oder Ablehnung bereitgestellt:

- „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.“
- „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.“
- „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“

Die Zustimmungquote ist bei dieser Dimension zwar durchweg geringer als bei anderen Dimensionen, dennoch sind die Werte alarmierend. Über 10% der Befragten vertraten die Auffassung, ohne Judenvernichtung wäre Hitler als großer Staatsmann angesehen worden und der Nationalsozialismus hätte auch gute Seiten gehabt.

Die Zustimmung im Osten lag dabei immer deutlich unter der Zustimmung im Westen. Die Bevölkerung im Westen konnte scheinbar die NS-Zeit und ihre Folgen schneller überwinden und verharmlosen als jene im Osten.

Bleibt nur zu hoffen, dass die Verharmlosung der NS-Zeit mit der Zeit nicht weiter zunimmt.

Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland, 2010
(in Prozent)

Tabelle 3.1.3

	Gesamt (N=2.411)	West (N= 1.907)	Ost (N= 504)
Befürwortung Diktatur	5,1	4,6	6,8
Chauvinismus	19,6	19,3	19,8
Ausländerfeindlichkeit**	24,7	21,9	35
Antisemitismus	9	9,7	7,7
Sozialdarwinismus**	4	3,4	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus*	3,3	3,7	1,8

Signifikante Unterschiede, Chi-Quadrat nach Pearson¹⁶; **<,01; *<,05.

So ergibt sich eine Gesamttabelle, die die sechs Dimensionen des Rechtsextremismus gegenüberstellt (s.o.). In ihr sind alle Ergebnisse einer Dimension zu einer Prozentzahl zusammengefasst - so können diese besser miteinander verglichen werden.

Es wird zum Beispiel ersichtlich, dass die Dimensionen „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, „Sozialdarwinismus“ und „Befürwortung einer Diktatur“ einen verhältnismäßig kleinen Anteil an Zustimmung erhalten haben (3-5%). Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es insgesamt nur bei den Dimensionen „Ausländerfeindlichkeit“ und „Sozialdarwinismus“. Ansonsten gibt es keine großen Unterschiede bei den Einstellungen im Osten und im Westen.

Hervorstechend sind die Werte der Dimensionen „Ausländerfeindlichkeit“ und „Chauvinismus“. Fast ein Viertel der Befragten stimmte ausländerfeindlichen Aussagen zu. In Ostdeutschland waren es sogar 35%! Folglich ist jeder dritte Ostdeutsche Ausländern gegenüber feindselig eingestellt. Mögliche Gründe dafür werden später in der Diskussion erarbeitet.

Auch der Prozentwert der Chauvinismusdimension ist erschreckend hoch. Jeder fünfte Deutsche sah Deutschland gegenüber anderen Nationen als stärker und überlegener an. Das alleine könnte auch „nur“ auf einen ausgeprägten Nationalstolz hinweisen. Treffen aber mehrere Dimensionen aufeinander, ist das ein eindeutiges Alarmzeichen für rechtsextreme Einstellungen!

**Soziale und politische Deprivation –
im Zeitvergleich 2006 und 2010 (in Prozent)**

Tabelle 4.1.1

	Gesamt		West		Ost	
	2006	2010	2006	2010	2006	2010
Zustimmung						
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	94,4	94	93,9	93,9	96,5	94,4
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	90,6	90,4	89,9	89,7	93,5	93,2
In meiner unmittelbaren Umgebung gibt es nicht genügend Menschen, die mich so nehmen, wie ich bin.	56,1	54,8	56,3	54,1	55,6	57,6
In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich nicht wohl und sicher.	38,9	39,1	38,7	38,2	39,9	42,6

Wie der Vergleich der Ergebnisse der Studie von 2010 mit den Ergebnissen von 2006 zeigt, hat sich im Bereich der sozialen und politischen Deprivation nicht viel verändert. Die Befragten stimmten folgenden Aussagen zu bzw. lehnten sie ab:

- „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“
- „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.“
- „In meiner unmittelbaren Umgebung gibt es nicht genügend Menschen, die mich so nehmen, wie ich bin.“
- „In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich nicht wohl und sicher.“

Bereits 2006 zeigte sich hier die große Betroffenheit von politischer Deprivation in Deutschland. Über 90% gaben an, es für sinnlos zu halten, sich politisch zu engagieren. Sie besitzen das Gefühl, keinen Einfluss auf das zu haben, was die Regierung tut. Bis 2010 sank die Prozentzahl nur minimal.

Nur jeder zehnte Deutsche hat also das Empfinden, aktiver Teil der Demokratie zu sein.

Auch das soziale Umfeld scheint negativ wahrgenommen zu werden. Über die Hälfte der Befragten waren der Überzeugung, von der persönlichen Umwelt nicht so angenommen zu werden, wie man ist. Fast 40% fühlten sich nicht einmal wohl und sicher in der unmittelbaren Umgebung.

Wenn sich fast die Hälfte der Deutschen in ihrer Umgebung unwohl fühlen und über 90% sich unbeteiligt an Regierungsentscheidungen erleben, was hat die Demokratie in Deutschland dann noch für einen Stellenwert?

**Einstellung zur Demokratie in Deutschland –
im Zeitvergleich 2006 und 2010 (in Prozent)**

Tabelle 4.1.2

	Gesamt		West		Ost	
	2006	2010	2006	2010	2006	2010
Zustimmung						
Zur Idee der Demokratie	94,5	93,2	95,1	94,5	92	88,4
Zur Demokratie in der BRD, wie sie in der Verfassung festgelegt ist	71,2	73,6	74,8	78,4	57,2	55,3
Zur Demokratie in der BRD, wie sie funktioniert	46	46,1	50,8	49,8	27,3	32,1

Diese Frage beantwortet obenstehende Grafik. Die Befragten sollten ihre Zustimmung bzw. Ablehnung zu folgenden Aussagen angeben:

- „Zustimmung zur Idee der Demokratie.“
- „Zustimmung zur Demokratie in der BRD wie sie in der Verfassung verankert ist.“
- „Zustimmung zur Demokratie in der BRD, wie sie funktioniert.“

Auch hier sehen wir wieder den Zeitvergleich zwischen 2006 und 2010. Während die Idee der Demokratie 93,2% der Befragten zustimmten, sankt die Zahl bei der Frage nach der Demokratie in der BRD rapide. So fanden nur noch 73,6% der Befragten es gut, wie die Demokratie in der Verfassung verankert ist und nur 46,1%, wie sie in der BRD funktioniert.

Im Vergleich mit den Ergebnissen von 2006 hat sich nicht viel geändert, dafür gibt es eine große Ost/West Differenz. Während 78,4% in Westdeutschland die Demokratie wie sie in der Verfassung festgelegt ist, gut befürworteten, favorisierten diese Aussage nur 55,3% in Ostdeutschland. Diese Differenz war auch 2006 schon deutlich zu erkennen und nahm seitdem stetig zu. Dies sollte ein klares Warnsignal für die Politiker Deutschlands sein.

Fazit der Studie



Das Ergebnis der Studie ist also leider kein positives. Der Wunsch nach einer Diktatur ist in der Gesellschaft stark vertreten. Gleichzeitig gefährdet die Zunahme von Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus die Demokratie. Diese Entwicklungen und rechtsextreme Einstellungen sind in allen Bevölkerungsgruppen vorhanden.

Die Wirtschaftskrise hat diesen Effekt sogar noch verstärkt. Wenn Arbeitsplätze und Geld knapp werden, gönnt keiner seinem Nächsten, was er gerne hätte. So wächst Ausländerfeindlichkeit unweigerlich an und dehnt sich von Randgruppen auf die gesamte Bevölkerung aus.

Außerdem ist die politische, soziale und ökonomische Deprivation weiterhin sehr hoch und die Zustimmung zur Demokratie in der BRD erschreckend niedrig.



Ist es die Schuld der Politiker, die den Glauben an die Demokratie erschüttert haben?

Ist die Wirtschaftskrise Schuld an unserem Dilemma?

Fehlt es uns einfach an dem Willen zur politischen Partizipation?

Liegt es an der deutschen Mentalität?

Viele ungeklärte Fragen, die wohl vorerst ungeklärt bleiben müssen.

Der wahre Grund für die Ausländerfeindlichkeit und die Deprivation ist vermutlich ein Zusammenspiel vieler Faktoren und kann nicht so einfach definiert werden. Viel wichtiger erscheint dadurch die Frage, wie eine Lösung für unsere Situation gefunden werden kann.

Diese und andere Fragen konnten nach dem Vortrag von Herrn Kiess in einer Diskussionsrunde mit den Zuhörern noch geklärt werden.

Diskussionsergebnisse



Hier die zentralen Aussagen der Zuhörer aus der anschließenden Diskussion:

- So wurde über die These „Je weniger Ausländer in der Nachbarschaft vorhanden sind, desto höher ist die Ausländerfeindlichkeit“ diskutiert und ihre Berechtigung festgestellt. Je weniger Kontakt Personen mit Ausländern haben, desto weniger Vorurteile können widerlegt werden. Gerade in ländlichen Regionen ist das ein großes Problem.
- Während in Großstädten meist 20-30% Ausländer leben, bleibt der Ausländeranteil auf dem Land fast ausschließlich unter 10%. Auch Initiativen wie z.B. interkulturelle Feste können daran wenig ändern, standen die Besucher dort doch oft schon vorher dem Thema aufgeschlossen gegenüber.
- Ein wichtiger Schritt könnte hier das Ende der Quartierspolitik sein. In der Nähe von Fabriken ist der Ausländeranteil immer sehr hoch, da die Arbeiter weite Wege vermeiden wollen. Schöne Wohnlage steht für sie in der Prioritätenliste meist hinten an. Daher wäre es wichtig, diese Segregation zu vermeiden, damit stadtteilbezogene Leitkulturen nicht mehr so verschreckend wirken.
- Auch in Augsburg lässt sich dieses Problem veranschaulichen: Während in Stadtteilen wie Kriegshaber, Lechhausen, Herrenbach und im Wolframviertel die meisten Ausländer zu finden sind, liegt der Ausländeranteil in Gebieten wie Bergheim, Firnhaberau, Spickel und Siebenbrunn bei unter 5%. Siehe: http://www.augsburg.de/fileadmin/www/dat/01au/statistik/m_berichte/2003/mb_1003.pdf.



- Die zentrale Aufgabe bleibt aber unbestritten: Wie lässt sich Ausländerfeindlichkeit reduzieren?
- Als wichtigster Schlüssel gilt die Bildung. Sie gibt Individuen einen positiven Anstoß sich zu öffnen. Mit integrativen Schulen und Kindergärten könnte schon früh gegen Ausländerfeindlichkeit vorgebeugt werden. Je früher Kinder in den Kontakt mit Ausländern kommen, umso weniger ausländerfeindlich werden sie im Erwachsenenalter sein. Außerdem sollte politische Aufklärung bereits in der Grundschule auf dem Stundenplan stehen. Die Partizipation könnte so steigen und die Demokratie in Zukunft wieder einen hohen Stellenwert einnehmen.
- Um das vor allem bei Jugendlichen zu stärken, fordert der Bayr. Jugendring das Wahlalter auf kommunaler Ebene auf 14 Jahre zu senken. Je früher Kinder und Jugendliche in „Erwachsenenprozesse“ eingebunden werden, desto schneller sinkt die Hemmschwelle und desto mehr Partizipation und Engagement kann in Zukunft erwartet werden.
- Der SJR Augsburg hat ein Konzept für mehr Beteiligung Jugendlicher in der Stadtgesellschaft vorgelegt. Der Jugendhilfeausschuss hat die Initiative ausdrücklich gelobt, nur fehlt der Stadt das Geld, um ein solches Projekt umsetzen zu können.

"Demokratie braucht Demokraten!" (Friedrich Ebert, 1918 erster Reichspräsident)

Die Mitte in der Krise

Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2010

**Oliver Decker, Marliese Weißmann,
Johannes Kiess & Elmar Brähler**
Universität Leipzig und Universität Siegen

Im Auftrag der
**Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin**



DIE MITTE IN DER KRISE

Rechtsextreme Einstellungen
in Deutschland 2010

Oliver Decker
Marliese Weißmann
Johannes Kiess
Elmar Brähler

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Forum Berlin

FES **Projekt**
**GEGEN
RECHTS
EXTREMISMUS**

Studie auch online unter: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Stadtjugendring Augsburg
Verbandsservice
Schwibbogenplatz 1
86153 Augsburg
www.sjr-a.de
verband@sjr-a.de
0821/ 45026-41